

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Stadtpark-Alleebäume/Einbindung externer ExpertInnen

GR. **Perissutti** stellt folgende Anfrage:

GR. **Perissutti**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie gestern den Medien zu entnehmen war, steht dem Grazer Stadtpark ein Kahlschlag ärgsten Ausmaßes ins Haus: Alle 123 Bäume in der Montclair- und Dubrovnik-Allee sollen demnach Motorsägen zum Opfer fallen. Ein Vorhaben, das zunehmend für Irritationen sorgt: Denn im Gegensatz zu Aussagen, wonach Denkmalschutz und Naturschutz grünes Licht für diesen Total-Kahlschlag gegeben hätten, hört man nun gerade aus diesen Bereichen heraus Bedenken gegen einen derartigen Kahlschlag. Vor allem scheint sich nämlich abzuzeichnen, dass es aus den ursprünglich genannten Sicherheitsgründen heraus gar nicht notwendig wäre, alle 123 Bäume zu fällen. Zumindest muss man zu diesem Schluss kommen, wenn man die nun geäußerten Begründungen für diese Abholzung betrachtet. Denn da werden vor allem auch optische Überlegungen, das einheitliche Gesamtbild, ins Treffen geführt.

Abgesehen davon, dass die „Optik“ der Stadtpark-Alleen wohl nicht eine Frage sein kann, die im kleinsten Kreis entschieden wird, da dies ja eine Angelegenheit ist, die alle Grazerinnen und Grazer betrifft, muss man auch grundsätzlich hinterfragen, ob allein dieser Optik wegen ein über ein Jahrhundert gewachsenes Naturdenkmal mit einem Schlag vernichtet werden soll? Oder ob es der Gartenstadt Graz nicht besser zu Gesicht stünde, einen derartigen Kahlschlag im Herzen der Stadt, im wichtigsten innerstädtischen Erholungsraum, der gleichzeitig die „Visitenkarte“ unserer Stadt darstellt, nach Möglichkeit zu vermeiden? Fakt ist, lieber Herr Bürgermeister, dass Sie nach einer Sitzung des Naturschutzbeirates, wo erstmals zumindestens in dieser Periode dieses Projekt vorgestellt wurde, von sich aus diese Informationen schon vor einigen Monaten an die Presse getragen haben und es dadurch erst diese Dimension bekommen hat.

In anderen Städten sind vor derartigen weit reichenden Maßnahmen umfassende Prüfungen üblich. In Deutschland etwa werden detaillierte statische und anatomische

Untersuchungen durchgeführt, da werden mit so genannten ‚Zugtests‘ Äste und Kronen überprüft - denn eine visuelle Beurteilung allein ist natürlich viel zu wenig. Es ist heute im Gemeinderat auch schon gefallen, dass diese Zugtests auch noch durchgeführt werden, das glaube ich nicht, denn wenn man jetzt auf die Passamtswiese schaut, es wurden schon zwei Bäume gefällt, da hat sich halt einer gedacht, das geht jetzt schon durch, bei einem Baum sieht man offensichtlich, dass er schon geschädigt ist, in der Mitte, das nennt man, glaube ich, Kernfäule, und den Baum daneben, der an sich noch sehr jung ist, er hat einen Stammdurchmesser von gerade einmal über 20 cm, der wurde gleich mitumgeschnitten, weil er offensichtlich gleich mit im Weg gestanden ist. Ich glaube nicht, dass es jetzt schon Zeit ist für solche Maßnahmen. Gerade dieser Umstand wird nun von profunden KennerInnen des Stadtparks vermehrt kritisiert: Dass man sich hier vor allem auf visuelle Begutachtungen verlassen hätte, dass externe ExpertInnen nicht zu Rate gezogen worden wären, dass beileibe nicht alle Bäume unrettbar krank wären und damit ein Gefährdungspotenzial darstellen und dass auch Möglichkeiten wie Boden- und Wurzelbehandlungen nicht in ausreichendem Maße in Betracht gezogen worden wären. Mit einem Wort: Von der Substanz dieser Allee-Bäume her wäre die Totalschlägerung nicht notwendig, stattdessen könnte man mit Einzelschlägerungen und entsprechenden Nachpflanzungen das Auslangen finden, wodurch der Stadtpark nicht mit einem Schlag eines Naturdenkmals beraubt wäre.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz bereit sind, nicht doch noch einen Anlauf zur Rettung dieses Naturdenkmals zu setzen und externe ExpertInnen mit einer detaillierten Untersuchung gemäß Motivenbericht zu beauftragen, damit wirklich nur jene Stadtparkbäume gefällt werden, die nicht zu retten sind und daher ein Sicherheitsrisiko darstellen und nicht gleichzeitig Ihr Motto Lebensqualität ad absurdum geführt wird? (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Lieber Herr Gemeinderat! Ich glaube, ich habe ja eingangs heute durch meine Mitteilung Ihnen schon zum wiederholten Male, und ich sage das, weil wir vorweg schon Diskussionen hatten, weil es die im Rathaus schon des Öfteren gegeben hat, klar gesagt, dass alle hier im Gemeinderat vertretenen Fraktionen dran interessiert sind, dass diese grüne Lunge, dieses Denkmal, das wir hier haben, erhalten bleibt. Es werden viele Experten mitsprechen, es hat schon Diskussionen gegeben, welche Baumarten hier Verwendungen finden werden und vieles mehr. Wir werden da nicht nur aus der naturschutzrechtlichen Sicht, sondern auch die Bundesdenkmalsicht zu beachten haben und wir werden, und das ist mir auch ganz wichtig, jetzt endlich einmal handeln. Wir haben in den letzten Jahrzehnten eben nicht gehandelt, haben immer den einen oder anderen Baum herausgeschnitten, aber wir sind dieses Thema nicht grundsätzlich angegangen. Und ich tu mir sehr schwer, Ihnen heute zu sagen, dass man nur einzelne Bäume herausnimmt, es werden uns ja nach dieser Diskussion, die wir dann haben, alle Experten und wir gemeinsam noch einmal beraten, ob es nicht in manchen Bereichen Sinn macht, eine ganze Allee auszutauschen und zwar aus folgenden Gründen: Ich bin kein Profi, aber in den vielen Sitzungen, die es dazu gegeben hat, habe ich zumindest als Laie schon eine wichtige Grundinformation mitbekommen, die ich Ihnen hier auch geben möchte. Wir haben ja jetzt auch schon Einzelbäume entnehmen müssen, entweder weil sie, wie vor einigen Jahren, durch den Wind umgeschmissen worden sind oder weil sie so beieinander waren, dass wir sie dringend niederschneiden mussten. Dort haben wir dann auch wieder Kastanienbäume ungefähr sieben Meter hoch neu eingepflanzt. Und diese Kastanien mit sieben Metern wachsen dann leider nicht so gleichmäßig, wie wir das für eine Allee brauchen, ist ganz logisch, weil daneben stehen große Brüder und Schwestern, die das Licht etc. nehmen. Damit kommt es zu einem sehr schnellen Wachstum, das heißt, sie schießen mit der Krone gleich in die Höhe, sie haben manchmal durch zuwenig Licht dann auch Entwicklungen auf der einen oder anderen Seite, die eben keine schöne Allee mehr ergeben und das ist der Grund, wieso Experten sagen, darüber sollte man noch einmal diskutieren. Aber ich glaube, wir sollten gemeinsam festhalten, wir haben alle einen Wunsch, dass diese Diskussion noch fortgeführt wird, dass das, was es zu retten gibt, auch wirklich gemacht wird und da lassen wir alle Experten ran, es sind alle eingeladen und wie gesagt, am 12. April ab 14.00 Uhr lade ich dann alle Bürgerinnen und Bürger, auch

alle politischen Verantwortlichen, zur Diskussion ein mit den Experten und ich glaube, wir werden einen tollen Vorschlag haben (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Gesek: Ach deshalb hast du diese Anfrage machen müssen.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Nein, Kollegin Gesek, der Herr Bürgermeister hätte natürlich von seinem Recht Gebrauch machen können und sagen, ich habe ja schon die Mitteilung zu Beginn der Sitzung gemacht. Er hat jetzt noch einmal das gesagt, was er zuvor schon mitgeteilt hat und es schaut so eine defensive Art aus, das ist eigentlich gar nicht notwendig, weil von der heutigen Sitzung ausgehend wir annehmen dürfen, dass allen Fraktionen in diesem Haus und auch dem Herrn Bürgermeister die Sauerstofflunge und die Bäume im Stadtpark ein hohes Anliegen sind. Das ist eine tolle Geschichte, das ist eigentlich das, was wir heute feststellen dürfen (*Applaus SPÖ*). Und nochmals, nichts anderes ist, wenn, was wir eigentlich gefordert haben und wenn es dazu beiträgt, dass mehr Bäume erhalten werden und um die geht es ja letztendlich, dann bin ich gerne Vordenker in diesem Haus. Danke (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GRin. Gesek: Zwischendenker.

Bgm. Mag. **Nagl**: Eine kleine Anmerkungen kann ich mir jetzt nicht verkneifen, geschätzter Herr Vizebürgermeister, lieber Walter. In der letzten Periode über fünf Jahre warst du für das Straßenamt zuständig. In diesen fünf Jahren wäre wahrscheinlich immer Gelegenheit gewesen, etwas, was seit 1976 als Problem da ist, so aktiv anzugehen, wie es der Kollege Rüschi und wir im Naturschutzbeirat jetzt

tun. Da ist das Problem auch nicht erledigt worden und jetzt kannst du dich wieder melden.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Lieber Herr Bürgermeister! Unabhängig unseres absoluten Grundkonsenses. Es war mir nie besonders ein Anliegen zu sagen, dass man Bäume fällt, daher habe ich es auch nicht als notwendig empfunden...

Zwischenruf GRin. Gesek: Aber die kranken Bäume.

Bgm.-Stv. **Ferk**: ...und lege nur Wert darauf, dass die Bäume in Graz schützenswert sind und vor allem im Stadtpark. Aber ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, es passt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Weg ist gut und ich freue mich schon auf die nächsten Naturschutzbeiratssitzungen, da werden alle Experten wieder anwesend sein. Damit brauchen wir diese Frage nicht noch einmal schriftlich beantworten. Als nächste Anfrage an mich, das ist jetzt gleich die Erweiterung dieses Themas, die Totalschlägerungen der Stadtparkallee, da darf ich jetzt Frau Gemeinderätin Ulrike Taberhofer ersicjem. die Anfrage an mich zu stellen, weil sie ein Thema aufzeigt, das durchaus wichtig und interessant ist.

2) Totalschlägerung der Stadtparkallee

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Es war mir natürlich im Vorfeld klar, dass das Thema heute breiter diskutiert werden wird, deshalb habe ich auch meine Anfrage etwas erweitert. In den letzten Tagen konnte man den Medien entnehmen, dass eine Totalschlägerung der Stadtparkallee von Experten begrüßt worden sei. Abgesehen davon, dass es durchaus auch WissenschaftlerInnen gibt, die sich vehement gegen eine solche Vorgehensweise aussprechen, liegt es in der Verantwortung der Stadt, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Stadtparkallee zu retten. Das ist nicht nur im Sinne des Umweltschutzes wichtig, sondern man muss dabei auch bedenken, dass der Stadtpark eine soziale Funktion für die Menschen in unserer Stadt hat, die nicht mobil sind. Als Stadt haben wir außerdem auch die Aufgabe, vorsorgenden Umweltschutz zu betreiben und das würde zum Beispiel in Bezug auf den Stadtpark bedeuten, auf Perspektive Rückbauten von Verkehrsflächen vornehmen zu lassen. Und der vorsorgende Umweltschutz, das gilt auch für andere Bereiche in unserer Stadt wie zum Beispiel den Schloßberg.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Welche Möglichkeiten sehen Sie, im Sinne eines vorsorgenden Umweltschutzes, Maßnahmen am Schloßberg zu treffen, damit nicht die selben Probleme beim Baumbestand auftreten können, wie jetzt im Stadtpark? Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Also ich würde einmal jetzt als Laie wieder feststellen, dass wir wahrscheinlich oben am Schloßberg die selben Problem wie im Stadtpark schon haben. Ich weiß nur nicht, wie viel Pflegemaßnahmen in den 60er Jahren damals

auch dort daneben gegangen sind oder getätigt worden sind. Die Anregung ist aber gut und wir werden diese Diskussion um den Baumschutz im Denkmal Stadtpark ausweiten auf den Schloßberg.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Stadtmuseum – Argumente gegen Rechtsform GmbH

GR. **Slamanig** stellt folgende Anfrage:

GR. **Slamanig**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der frühere Leiter des Kulturamtes der Stadt München, Dr. Helmut Hanko, hat an den Beratungen des Projektkernteams am 24. November 2004 über das Stadtmuseum teilgenommen und anschließend eine Stellungnahme zur Vorlage abgegeben, die in der Gemeinderatssitzung am 20. Jänner auch abgestimmt wurde.

Seine Argumente für die Beibehaltung des Eigenbetriebes mit verbessertem Organisationsstatut sind so überzeugend und schlüssig, dass sie mich veranlassen, an Sie, sehr verehrter Herr Bürgermeister, diese Anfrage zu stellen.

Dr. Hanke sieht – kurz zusammengefasst – keine stichhaltigen Begründungen für eine GmbH-Lösung und auch keinen erkennbaren wirtschaftlichen Vorteil darin. Seiner Meinung nach würde entweder ein kleiner Betrieb mit erheblichem Sach- und Rechtsaufwand entstehen – oder es handelt sich um einen Baustein für beliebige größere Einheiten, verbunden mit dem Verlust inhaltlicher und operativer Selbständigkeit.

Das Stadtmuseum ist für Graz eine so bedeutende Institution, dass es sich wirklich lohnen würde, sich den Argumenten für eine Eigenlösung anzuschließen!

Ich ersuche Sie, sehr verehrter Herr Bürgermeister eindringlich, diese Argumente nochmals anzusehen, um letztendlich für die meines Erachtens wesentlich vernünftigeren „Eigenlösung“ einzutreten.

Als Mandatar mache ich Sie auch darauf aufmerksam, dass die ICG-Studie, welcher der Gemeinderatsbeschluss zugrunde liegt, erst am 17. 1. 2005 zugänglich gemacht worden ist.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der KPÖ-Fraktion folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die Entscheidung „Stadtmuseum neu“ nochmals zu überdenken?
(*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Der Gemeinderat hier hat ja beschlossen, dass wir in Richtung GesmbH gehen sollen, aber die Verhandlungen sind da im Laufen und es werden alle möglichen Optionen, wie auch bei allen übrigen Beteiligungen, die wir da schon durchgeführt haben, nochmals überlegt und diskutiert, also da ist kein entgültiges Wort schon gesprochen worden.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Dringlicher Antrag vom 22. April 2004 – Rückabwicklung des Stadtwerke Verkaufs

GR. **Schmalhardt** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen! Vor knapp einem Jahr schien hier im Haus ein Gesinnungswandel bezüglich des Energiebereichs Verkauf der Grazer Stadtwerke bei der SPÖ eingetreten zu sein. Herr Vizebürgermeister Ferk schickte damals unseren mächtigen Gewerkschaftsboss aus, um mit Neuwahldrohungen den Rückkauf des Energiebereiches der Grazer Stadtwerke zu erzwingen. Diese Neuwahldrohung...

Zwischenruf Bgm-Stv. Ferk: Kollege Schmalhardt, bist du im Landtagswahlkampf?

GR. **Schmalhardt:** Diese Neuwahldrohungen endeten in einem dringlichen Antrag von unserem lieben Freund Karl-Heinz Herper mit folgendem Wortlaut: „Mittels dringlichen Antrages der SPÖ werden die zuständigen Organe der Grazer Stadtwerke AG beziehungsweise der Energie Graz ersucht, die Machbarkeit der Rückabwicklung der Veräußerung des 49-Prozent-Anteils an die Estag durch die Stadtwerke AG in Bezug auf die finanziellen und zeitlichen Rahmenbedingungen zu überprüfen und dem Eigentümer bis Ende Juni 2004 die Ergebnisse zur Kenntnis zu bringen.“ Zur Erinnerung, die allseits geliebte Wochenzeitung hat diese Neuwahldrohung kolportiert, also es ist nicht von mir erfunden. Ich zitiere den Zeitungsbericht „Horst Schachner: Rückkauf, sonst gibt es Neuwahlen in Graz“.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Ach die Zeitung.

GR. **Schmalhardt:** Namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob die Ergebnisse dieser Prüfung schon vorliegen und bis wann sie dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht werden? (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Neuorganisation des Wohnungsamtes

GRin. Mag. **Uray-Frick** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Uray-Frick**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Dass heute in der Fragestunde eine Vertreterin der KPÖ die vom KDZ erstellte strategische Analyse als mangelhaft bezeichnet, ist ja verständlich, zeigt sie doch, dass unter dem für das Wohnungsamt zuständigen Stadtrat Kaltenegger das Ressort konzeptlos und in alter „Weiterwurstelmanier“ verwaltet wird.

Mangelhaft ist nicht die Analyse, die zu Tage bringt, dass im Städtevergleich Graz mit wesentlich höherem Personaleinsatz eine weniger effiziente Verwaltung aufweist, sondern mangelhaft scheint mir die Ressortverwaltung, die sich dem Auftrag einer modernen effizienten Verwaltung offensichtlich verweigert.

Wenn auch die Kundenzufriedenheit eine hohe ist, was vor allem auch auf das Engagement der MitarbeiterInnen zurückzuführen ist, so scheint mir doch dringender Handlungsbedarf gegeben, der aber offensichtlich aus der Ressortverantwortung nicht zu erreichen ist. Geortete Einsparungspotentiale und Steigerung der Effizienz sind meines Erachtens aber eine Aufgabe der zentralen Verwaltung und **liegen** nicht alleine in der Kompetenz des einzelnen Stadtrates.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit ist, in Verantwortung deiner Funktion als Vorstand des Magistrats eine Umstrukturierung beziehungsweise Neuorganisation des Wohnungsamtes unter Einbeziehung der Empfehlungen des KDZ in Angriff zu nehmen (*Applaus FPÖ und Teile SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin! Das wird ja heute auch noch beim Stück das Thema sein. Ich kann nur so viel sagen, ich möchte gemeinsam mit allen Verantwortlichen der Stadtregierung im Wohnungsbereich, auch mit dem Kollegen Kaltenecker, hier ein Wohnungsthema neu in der Stadt Graz losstreten. Wie das ausschauen wird, darf ich dir dann auch bekannt geben beziehungsweise es wird ja sowieso den Gemeinderat heute noch beschäftigen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Schloßbergliftbenützung durch Jahreskartenbesitzer

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sickl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich richte heute eine Anfrage betreffend Schloßbergliftbenützung durch Jahreskartenbesitzer und es freut mich, dass auch die ÖVP sich dieses Themas angenommen hat, weil es kommt ja diesbezüglich noch ein dringlicher Antrag, den wir selbstverständlich unterstützen werden und ich bin froh,

dass ihr auch die Zeitungen lest, weil vor zwei Wochen ist das ja schon da drinnen gestanden. Der Schloßberg, nicht nur Wahrzeichen von Graz, sondern auch beliebter Ausflugsort, vor allem von Pensionisten und jungen Familien, kann zu Fuß, per Bahn oder mit dem Lift erreicht werden. Vor allem die letztere Variante, der Lift, wird von älteren und gehbehinderten Personen, aber auch von Familien mit Kinderwägen gerne benutzt. Bislang konnten Inhaber von GVB-Fahrscheinen den Lift ohne zusätzliche Kosten benutzen.

Seit 1.1.2005 muss man aber für die Benützung des Liftes einen eigenen Fahrschein um 50 Cent erwerben. Für die Benützung des Liftes, die vor dem 1.1.2005 für Monats- oder Jahreskarten kostenlos war, sind jetzt ebenfalls extra 50 Cent zu bezahlen. Dies ist sicher nicht im Sinne einer Kundenfreundlichkeit und für „Stammkunden“, wie dies die Käufer von Monats- oder Jahreskarten zweifellos sind, für mich ist das nicht das richtige Signal.

Graz hat sich damit auf seinem Wahrzeichen kein „wahres Zeichen“ gesetzt. Genau jene Grazerinnen und Grazer, die in Zeiten von Smog, Feinstaub, Verkehrschaos und Co. auf die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel setzen, werden wieder zur Kasse gebeten.

Daher stelle ich die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, mit den Grazer Verkehrsbetrieben in diesem Sinne das Gespräch zu suchen, damit die Besitzer von GVB-Karten wieder kostenlos den Lift auf den Schloßberg benutzen können?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals für diese Anfrage. Sie gibt mir Gelegenheit, Frau Gemeinderätin, noch einmal ein bisschen zurückzublenden, nämlich zu dem Zeitpunkt, wo wir drangegangen sind, diesen Lift zu bauen. Da war es in erster Linie Ihre Fraktion, die mir in vielen Ständen auf der Straße mitgeteilt hat, dass das eine

fürchterliche Aufstiegshilfe ist und dass wir uns die sparen sollten und dass diese Aufstiegshilfe garantiert unsere Schloßbergbahn ruinieren wird. Jetzt haben wir es trotz alledem gemeinsam gemacht, ich glaube, wir haben auch mittlerweile darstellen können, dass das Volumen sich fast verdoppelt hat, die Bergbahn ist auch neu hergerichtet und es hat sich auch das Finanzvolumen verdoppelt, weil es war in der Zwischenzeit, ich wollte es immer gratis haben den vorderen Lift, wie du weißt, aber der Gemeinderat hat damals mehrheitlich beschlossen, dass wir eine Gebühr hier einführen. Dann war es Gott sei Dank so, dass die Zeitkartenbenützer mittels des Verkehrsverbundes die Chance hatten, es zu nutzen. Ich glaube, dass das eine zusätzliche Attraktion ist, die Zeitkartenbenutzer einfach bekommen sollten, um da hinaufzufahren. Hinten darfst du es und vorne darfst es nicht de facto und deswegen unterstütze ich Ihren Antrag voll und ganz, ich halte es auch für ein verkehrtes Signal, das wir jetzt machen und es gibt heute dazu ja auch noch einen Dringlichen, weil es, glaube ich, gut ist, wenn der ganze Gemeinderat hier als Eigentümer der Grazer Stadtwerke AG dem Vorstand mitteilt, doch noch zu verhandeln, dass diese 50 Cent nur für jene gelten, die keine Zeitkarten haben und dass alle anderen da fahren dürfen. Aber da haben wir noch Gelegenheit, heute beim dringlichen Antrag drüber zu diskutieren, aber im Prinzip, ist Ihnen auch richtigerweise aufgefallen, ich glaube, da gibt es schwere Enttäuschung, auch bei vielen Senioren etc. dass es vorne nicht mehr möglich ist.

7) Arbeitskreis „Sicherheit“

GR. **Lozinsek** stellt folgende Anfrage:

GR. **Lozinsek**: Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Am 26. Jänner luden Sie zur ersten Sitzung des vom Gemeinderat im September vorigen Jahres mehrheitlich beschlossenen Arbeitskreises „Sicherheit“ ein. Ich durfte für meine Fraktion an dieser ersten Sitzung teilnehmen und ich möchte nicht verhehlen, dass ich mir doch einiges von diesem Arbeitskreis zum Thema Sicherheit in Graz unter Einbeziehung von Experten erhofft habe beziehungsweise immer noch erhoffe.

Ähnlich der Arbeit im Gemeindeumweltausschuss bezüglich der Feinstaubproblematik dachte ich zunächst, dass auch hier parteiübergreifend zusammengearbeitet würde und zwar in diesem Fall zur Hebung der subjektiven und objektiven Sicherheit in Graz, wohl wissend, dass ein direkter Vergleich eines Arbeitskreises mit den Grundlagen und Möglichkeiten eines Gemeindeumweltausschusses nicht zulässig ist.

Meine Hoffnungen diesbezüglich mussten jedoch bald der Enttäuschung weichen. Der Tatsache, dass keine Tagesordnung zur Orientierung vorlag, räumte ich zunächst keine große Bedeutung ein. Eine standardmäßige Konstituierung kommt sicherlich ohne Tagesordnung aus, doch statt einer Konstituierung im Allgemeinen folgte zunächst ein mehr als halbstündiger Dialog zwischen Ihnen und der Polizei. Die geladenen Gemeinderäte durften zwar anschließend zum von Ihnen bereits vorgegebenen Thema Fragen, Ideen und Anregungen einbringen; diese fanden jedoch keinerlei Berücksichtigung in einem Protokoll oder ähnlichen schriftlichen Aufzeichnung. Von einer Beschlussfassung über die weitere Vorgangsweise, klaren Zielsetzungen oder gar Berichtspflicht über durchzuführende Maßnahmen und deren Wirksamkeit ganz zu schweigen. Das uns auf Anfrage meiner Kollegin Gemeinderätin Jahn versprochene Protokoll langte nie ein, stattdessen schickte man uns unter dem Titel „Protokoll“ Ihre zu diesem Treffen verfasste Presseaussendung.

Die starke Präsenz der Medien bei dieser Zusammenkunft lässt vielmehr den Schluss zu, dass es sich bei diesem Treffen nicht um die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zur Behebung von Sicherheitsdefiziten in unserer Stadt handelte, sondern vielmehr um die Selbstdarstellung Ihrer Person. Lockere „Kamingespräche“ mögen durchaus etwas für sich haben und es sei Ihnen als Bürgermeister auch unbenommen, diese zum Thema Sicherheit regelmäßig abzuhalten, der Intention des von meiner Kollegin Gemeinderätin Dr. Andrea Sickl eingebrachten dringlichen Antrages entspricht diese Ihre Vorgangsweise sicherlich nicht.

Zwischenruf GR. Schönegger: Warst bei der falschen Veranstaltung.

GR. **Lozinsek:** Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie im Interesse der Grazer Bevölkerung bereit sind, dem am 13. September des Vorjahres durch meine Kollegin Dr. Andrea Sickl eingebrachten und von der Mehrheit im Grazer Gemeinderat beschlossenen dringlichen Antrag endlich Folge zu leisten und einen Arbeitskreis „Sicherheit“ einzurichten mit dem Ziel, einen Sicherheitskatalog für die Stadt Graz zu erarbeiten? (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat, Sie werden wahrscheinlich wissen, dass es im Baumkircherzimmer keinen Kamin gibt, ich habe das nicht als ein Kamingespräch aufgefasst sondern ich war dankbar, dass alle Fraktionen hier auch einen Vertreter entsendet haben. Es sind auch interessante Vorschläge gekommen. Ich habe ganz bewusst einmal ein Thema vorgegeben und alle Fraktionen eingeladen, es für die nächsten Sicherheitsgipfel dann auch zu tun, dass wir eine Tagesordnung haben, wo wir das abwickeln, das war im Übrigen das erste Mal, dass ein solches Sicherheitsgespräch stattgefunden hat mit allen Fraktionen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass auch schon vor der Zeit des Antrages von der Frau Dr. Sickl die Magistratsdienststellen und die Polizei und auch ich mich immer wieder zusammengesetzt haben, um Themen anzugehen und da gibt es Erfolge, ob Sie die nun wahrhaben wollen oder nicht, die gibt es, weil wir im vergangenen Jahr bei zwei Delikten diese Verbesserungen erzielt haben gemeinsam und ich freue mich auf den nächsten Sicherheitsgipfel, bitte Sie auch, wir werden es auch besser vorbereiten, was die Protokollierung anbelangt, aber im Prinzip, glaube ich, war es ein gutes Gespräch, Sie haben sich auch eingebracht, wir haben auch einiges ausdiskutieren können und nicht nur da herinnen, wir haben die Sicherheitswacht und diese Themen einmal wieder diskutiert und wir werden diesen Sicherheitsgipfel oder diese Runde immer wieder einberufen, wir werden dazu eine Tagesordnung dann auch vorschlagen, die Sie mitgestalten können und ich glaube, dann wird es um das gehen, was uns allen ein Anliegen ist, mehr Sicherheit für Graz. Die Medienpräsenz

war deswegen sehr groß, weil das Thema Jugendschutz in dieser Stadt wirklich auch einmal beleuchtet hat werden sollen und ich ja auch leider feststellen musste, dass wir im vergangenen Jahr 2005 zum Beispiel beim Delikt Rauchen und Alkohol von Jugendlichen nur sieben männliche und sechs weibliche Jugendliche abgemahnt haben. Das hat mehrerlei Gründe, aber ich glaube, es ist Zeit, einmal darüber nachzudenken, ob wir die Gesetze, wie wir sie haben, auch vollziehen und ob es nicht vielleicht auch neue Ideen gibt, eine ist zum Beispiel entstanden, was die Kollegin Jahn uns vorgeschlagen hat, dass man einmal darüber nachdenken soll, ich habe es schon ans Land weitergeschickt, dass im Gesetz nicht nur drinnen steht, dass Eltern irgendeine Strafe zahlen, sondern dass Eltern auch zu Sozialdiensten eingeteilt werden sollen, weil es tut wahrscheinlich einer Mutter, einem Vater, die die Jugendlichen nicht beaufsichtigen, ganz gut, in einer Drogenstation oder sonst wo einmal zu sehen, was das für Auswüchse bekommen kann. Also in diesem Sinne haben wir auch ein paar Ergebnisse und selbstverständlich weiß ich, dass auch die freiheitliche Partei ein großes Interesse daran hat, dass es in unserer Stadt sicher zugeht (*Applaus ÖVP*).